Dieses Stück Land sorgt aktuell für Diskussionen. Nicht alle sehen hier ein Neubaugebiet, andere kritisieren, dass die Entscheidung so schnell fallen sollte. FOTO HENNES

Reaktionen auf Neubaupläne in Lünern: Entscheidung soll verschoben werden

UNNA. Das Thema Neubaugebiet in Unna-Lünern erhitzt aktuell manches Gemüt. Die CDU reagiert auf Vorwürfe aus der Bürgerschaft. Die Stimmung ist derweil gemischt.

Von Claudia Lohmann

Es geht hier um eine Sachentscheidung zugunsten der Schaffung von Wohnraum und nicht um die persönlichen Motive einzelner.“ Rudolf Fröhlich weist die Vorwürfe der Lünerner Dorfbewohner entschieden zurück.

Nachdem die Politik über ein Neubaugebiet in Lünern entscheiden sollte, regte sich im Dorf Widerstand. Die Bewohner warfen der Politik in Unna unter anderem „Gemauschel“ vor. „Wohnraum zu schaffen, ist wichtig. Aber nicht mit solch einer unseriösen Nacht-und-Nebel-Aktion“, hieß es in einer Stellungnahme einiger Anwohner.

Sie kritisierten die Kurzfristigkeit, mit der die Politik über das Neubaugebiet entscheiden sollte – und äußerten die Vermutung, dass hier einige CDU-Mitglieder einem anderen CDU-Mitglied einen Gefallen tun wollten.

Dass hier Mauschelei im Spiel sein soll, weist Rudolf Fröhlich als Vorsitzender des Ausschusses nun entschieden zurück. „Es geht hier neben der Dorfentwicklung insbesondere um Schaffung dringend benötigten Wohnraums auch in Form öffentlich geförderten Wohnraums für Menschen mit kleinem Budget! Insofern hätte ich diese Haltung auch eingenommen, wenn der Grundstückseigentümer keiner oder irgendeiner anderen Partei angehören würde“, erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende, der sich für das Neubaugebiet ausspricht.

Einige Dorfbewohner in Lünern wollen kein Neubaugebiet am Rand ihres Dorfes. Sie sind besorgt um die Infrastruktur, die Umwelt und den Verkehr. FOTO PRIVAT

Kein Gemauschel bei der Tagesordnung

Fröhlich erklärt auch, wie es dazu kam, dass der Antrag erst kurz vor der Sitzung auf der Tagesordnung gelandet ist – und warum das nichts mit Gemauschel zu tun habe: In der Gemeindeordnung NRW stehe, dass ein Antrag auf die Tagesordnung im Ausschuss zu nehmen ist, der mindestens 14 Tage vor der Ausschusssitzung gestellt wurde. Und das war der Fall.

Als Ausschussvorsitzender habe er nicht zu vertreten, dass der Antrag der UKBS offenbar 14 Tage im Rathaus gelegen habe, ohne dass er bearbeitet wurde. Als er Kenntnis davon erhielt, habe er sofort gehandelt und damit der gesetzlichen Vorgabe entsprochen, „zumal es keine sachlichen Gründe gab, davon abzuweichen, und den Antrag in die nächste Sitzung in das kommende Jahr zu verschieben“, so Fröhlich.

Werner Clodt zu den Vorwürfen

Die Anschuldigungen in Richtung CDU bezeichnet Fröhlich als „schlichtweg absurd.“ Er stehe für konstruktive Gespräche bereit, „aber mit Argumenten und nicht mit schmutzigen Anwürfen.“

Auch Ortsvorsteher Werner Clodt reagiert betroffen auf den Vorwurf, er würde nicht im Interesse der Dorfbewohner handeln. Im Gespräch mit der Redaktion erklärt er, wie sehr ihm die Zukunft Lünerns am Herzen liege und dass er genau diese sichern will.

Dass Schule und Kita aktuell gut belegt sind, ist für Clodt nur eine Momentaufnahme. „Das wird in fünf Jahren anders sein. Das kann man anhand der Geburtenzahlen nachrechnen.“ Um ständig Nachwuchs zu haben und damit auch die Einrichtungen zu erhalten, sei eine gewisse Einwohnergröße vonnöten, die Lünern noch nicht habe.

Außerdem brauche es mehr sozialen Wohnraum, dafür kämpfe er seit Jahren. „Wir wollen aber kein riesiges Dorf werden. Die Dorfstruktur soll für die nächsten Generationen erhalten bleiben“.

Auch Clodt betont, dass seine Haltung nichts mit dem Eigentümer der Fläche zu tun habe. „Und wenn die Mehrheit der Politik dagegen ist, dann werde ich nicht traurig sein. Das wird demokratisch entschieden.“

SPD will keine Schnellschüsse

Wie eine solche demokratische Entscheidung ausfallen würde, lässt sich derzeit schwer vorhersagen. Neben der CDU befürwortet auch die FDP die Pläne, „da unsere Fraktion der Meinung ist, dass die Stadt Unna dringend Wohnbebauung benötigt, stimmen wir diesen Bebauungsplänen zu.“ Die SPD teilt in einer aktuellen Stellungnahme derweil mit, dem Projekt keine Stimme zu geben.

„Hier geht es um die weitere Entwicklung des ganzen Dorfes, es geht um sensible Fragen des Landschafts- und Naturschutzes sowie letztlich auch um Auswirkungen auf die Stadt Unna insgesamt“, wird Fraktionschef Sebastian Laaser darin zitiert. Eine Kommune könne nicht unbegrenzt Bauland ausweisen. Entstehe ein so großes Baugebiet von knapp vier Hektar Fläche in Lünern, sei zu klären, welcher Handlungsspielraum dann überhaupt noch an anderen Stellen im Stadtgebiet bleibe. „Politische Schnellschüsse sind vor diesem Hintergrund unverantwortlich“, so Laaser.

Seine Fraktion habe am Wochenende Gespräche im Dorf geführt und die Sorgen der Anwohner gehört. „Wir sollten den öffentlichen Diskurs und die demokratische Willensbildung ernst nehmen.“

Auch die Grünen sind gegen das Neubaugebiet. „Wir werden die Pläne nicht weiterverfolgen“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Claudia Keuchel im Gespräch mit der Redaktion. Ihre Fraktion blicke hoffnungsvoll auf das Handlungskonzept Wohnen, auf dessen Grundlage Wohnraum dort geschaffen werden sollte, wo er benötigt wird. „Alle Energie sollte da reingehen.“ Dass im Hauruckverfahren entschieden werden soll, kritisieren die Grünen.

Keine Entscheidung diese Woche

Die Kurzfristigkeit, mit der entschieden werden soll, ist auch der Grund dafür, dass noch nicht alle Fraktionen eine Tendenz abgeben wollen.

„Grundsätzlich begrüßen und befürworten wir immer, wenn die UKBS Baupläne bekannt gibt, aber in dieser Angelegenheit kann ich noch keine Tendenz abgeben, da wir erst heute Abend eine Fraktionssitzung haben und das Thema auf der Tagesordnung steht“, so Bärbel Risadelli von „Wir für Unna“. Nachvollziehen könne die Fraktion nicht, warum so plötzlich diese Eile an den Tag gelegt werde

Diese Eile stößt auch der „Freie Liste Unna“ sauer auf. Sprecher Klaus Göldner lässt ausrichten, aufgrund von fehlenden konkreten Informationen noch kein Meinungsbild abgeben zu wollen.

„Selbst wenn der Vorwurf der politischen Mauschelei in dieser Angelegenheit nicht zutreffend sein sollte, so verwundert die Geschwindigkeit, mit der eine Entscheidung des Rates hierzu herbeigeführt werden soll. Wir lassen uns jedenfalls durch diesen künstlich erzeugten Zeitdruck nicht zu einem vorschnellen Votum hinreißen.“

Eine Entscheidung wird in dieser Woche aber wohl nicht fallen. Sowohl CDU als auch SPD haben am Sonntag in einem Schreiben an den Bürgermeister beantragt, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen.